

Juli-Rundbrief 2009

Liebe GAR-Mitglieder,

in diesem Rundbrief findet Ihr aktuelle Informationen zu folgenden Themen:

1. Nach den Kommunalwahlen: landespolitischer Handlungsbedarf für mehr Demokratie
2. Seminare für neue GemeinderätInnen – landesweit ca. 300 Termine
3. Die Pläne der Landesregierung zur Werkrealschule – Kritik aus der Landtagsfraktion
4. Kürzungen bei den Landschaftspflegemitteln – Kritische Nachfragen
5. Strom-Konzessionsverträge - kein g'mähtes Wiesle mehr für die EnBW
6. Energiesparen in privaten Haushalten mit geringem Einkommen
7. Dezentrale Abwasserklärung im ländlichen Raum
8. Kommunen machen Konjunktur – Hintergrundinfos zum Konjunkturpaket
9. Bilanz der Kommunalwahlen in 7 Bundesländern
10. Ferienlektüre – die GAR hat ein Schnäppchen parat
11. Stromkonzession im Gebiet der NEV – Einladung zu einem Strategietreffen im August

Mit herzlichen Grüßen
Sabine Schlager

1. Mehr kommunale Demokratie: landespolitischer Handlungsbedarf

Die Kommunalwahlen vom 7. Juni 2009 haben den Grünen im Land ein Traumergebnis, in der Folge aber auch jede Menge politischen Handlungsbedarf beschert. Handlungsbedarf gibt es insbesondere auch auf Landesebene. Das soll an verschiedenen ausgewählten Aspekten kurz aufgezeigt werden.

Die Kreistage werden, vor allem im schwäbischen Landesteil, immer mehr zu "Bürgermeisterparlamenten". Bürgermeisteranteile oberhalb des bisher schon üblichen Drittels sind keine Seltenheit mehr. Die Frage der Inkompatibilität von Bürgermeisteramt und Kreistagsmitgliedschaft muss daher erneut auf den Prüfstand. In der Konsequenz kann es nicht sein, dass ein Kommunalorgan von denen dominiert wird, die ihrerseits per Rechtsaufsicht auf das besondere Wohlwollen des Landrats angewiesen sind.

Das d'Hondtsche Zuteilungsverfahren der Sitze in den kommunale Gremien, aber auch bei der Ausschussbildung gehört endgültig in die Restmülltonne (Recycling ausgeschlossen). Wir haben mehr Fälle denn je, in denen es zu zum Teil deutlichen Benachteiligungen bis Ausgrenzungen kommunalparlamentarischer Minderheiten, aber auch von bis zu 20% Anteil der WählerInnen kommt. Der Versuch der grünen Landtagsfraktion, im Vorfeld dieser Kommunalwahlen das d'Hondtsche Verfahren aus den einschlägigen Gesetzen zu kippen, ist zwar im Herbst 2008 gescheitert. Diese Kommunalwahlen haben aber die Kritik daran neu legitimiert, so dass es einen neuen Anlauf im Landesparlament geben muss und wird.

Vermeehrt gibt es auch Kritik an der unechten Teilortswahl, an der festen Bindung von Sitzen an Ortsteile, und es gibt Fragen nach der Gültigkeit von Eingemeindungsverträgen. Auch das muss

aufgegriffen und überprüft werden. Interessant wären Stellungnahmen auf die Frage, wie es Die Grünen mit der unechten Teilortswahl halten. Soll diese eine Perspektive haben oder ist sie nach über 35 Jahren "historisch erledigt"? Stellungnahmen hierzu an die GAR-Geschäftsstelle wären sehr erwünscht.

Last but not least muss es um Reformen vom kommunalen Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gehen. Die Ablehnung des Bürgerentscheids gegen "Stuttgart 21" durch das Verwaltungsgericht Stuttgart und das VGH-Urteil zum Bürgerbegehren gegen das EDEKA-Fleischwerk in Rheinstetten sind Anlass, Reformen der restriktiven Regelungen in der Gemeindeordnung zu verlangen. Es geht insbesondere um die deutliche Erweiterung des kommunalen Themenkatalogs, zu denen Bürgerbegehren und -entscheid möglich werden müssen.

Uli Sckerl, MdL, GAR-Vorstand

2. Seminare für neu gewählte Rätinnen und Räte

Liebe GAR-Mitglieder,

die GAR-Seminare für neu gewählte Rätinnen und Räte stießen auf großes Interesse. Insgesamt haben 110 Neulinge das Angebot an den vergangenen beiden Wochenenden genutzt. Dennoch wird es weiteren Bedarf nach kompakten Informationen über die rechtlichen Grundlagen der Ratsarbeit geben. Hierzu bietet der Gemeindetag von Baden-Württemberg in allen Regionen des Landes jeweils drei Seminare an: Kommunalrecht, Bau- und Planungsrecht, Finanzwesen. Insgesamt werden fast 300 Schulungstermine angeboten. Das ist sicher eine weitere gute Möglichkeit, Einstiegsinformationen zu bekommen.

Die Datei mit den Informationen zum Seminarangebot findet Ihr auf der GAR-Internetseite unter Veranstaltungen.

<http://www.gar-bw.de/index.php?id=1360>

3. Werkrealschule in zweiter Lesung im Landtag

Am 30. Juli kommt der Gesetzentwurf zur „Werkrealschule“ in die zweite Lesung im Landtag. Durch dieses Konzept kommt ein gewaltiger Druck auf alle einzügigen Hauptschulen zu. Denn die Werkrealschule mit 10. Schuljahr ist an die Zweizügigkeit gebunden. Dadurch stehen Hauptschulen mit vorbildlichen Ganztagesangeboten und auch energetisch frisch sanierte Schulgebäude vor dem Aus. Im Herbst wird diese Debatte flächendeckend in den Kommunen geführt werden. Eine Bewertung des Konzeptes der Werkrealschulen als untauglichen Versuch, die Hauptschulen und damit das dreigliedrige Schulsystem zu retten, findet Ihr auf der GAR Internetseite. Es kann auch im GAR-Büro bestellt werden.

Damit ist aber noch nicht geklärt, wie wir uns vor Ort unter den gegebenen Rahmenvorgaben des Landes im Einzelfall zu den einzügigen Hauptschulen verhalten: Erhalten oder dem Fusionsdruck nachgeben.

Wer hierzu Anträge oder Positionspapiere hat, möge sie bitte an die GAR senden. Wir stellen sie dann auf die GAR-Internetseite. <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1381>

4. Kürzungen bei Landschaftspflegemitteln – Anfrage bei den Landratsämtern

Seit einigen Wochen ist von erheblichen Kürzungen bei den für Landschaftspflegemaßnahmen zur Verfügung stehenden Landesmitteln die Rede. Hintergrund ist, dass im Landeshaushalt 2009 eine vorgesehene Erhöhung der Naturschutzmittel nicht realisiert wurde. Gleichbleibende Mittel und gestiegene Kosten für wachsende Aufgaben wie Natura 2000 und das Biosphärengebiet führen nun zu Engpässen insbesondere bei der Landschaftspflege.

Den Regierungspräsidien stehen (bis auf Tübingen, das für das Biosphärengebiet zusätzliche Mittel erhält) insgesamt weniger Naturschutzmittel zur Verfügung. Diese Mittel sind größtenteils fest gebunden (u.a. für die Erstellung von Managementplänen in Natura-2000-Gebieten). Gespart wird deshalb nun insbesondere an Kreispflegeprogrammen und an den von den Regierungspräsidien direkt vergebenen Pflegeaufträgen an Landwirte, Verbände usw.. Die Informationen zu den Kürzungen haben zu Protesten von Seiten der Naturschutzverbände aber auch der Landkreise geführt. Im Moment laufen noch Verhandlungen mit der Landesregierung über einen „Nachschlag“.

Um dem Thema Nachdruck zu verleihen und um Klarheit über die tatsächlichen Veränderungen bei den Landschaftspflegemitteln zu bekommen, wäre es wichtig, dass GRÜNE in den Kreistagen nachfragen, wie die Situation bei Ihnen aussieht, in welchem Umfang Landschaftspflegemittel gekürzt wurden, welche Flächen und welche Akteure (ehrenamtliche NaturschützerInnen, landwirtschaftliche Betriebe, Sonstige) von den Kürzungen betroffen sind und inwieweit der Landkreis beabsichtigt, die Mittelkürzungen mit eigenen Mitteln aufzufangen und dadurch erfolgreiche Naturschutzprojekte abzusichern und Landschaftspfleger bei der Stange zu halten.

Weitere Infos gibt's im Büro von Gisela Splett (gisela.splett@gruene.landtag-bw.de, 0711-2063-966), die sich auch über Rückmeldungen und Infos von kommunaler Seite freut.

Landtagsantrag zum Thema: www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/4000/14_4560_d.pdf
(Gisela Splett, MdL)

5. Konzessionsverträge kein g'mäht's Wiesle mehr für die EnBW

In den nächsten drei Jahren entscheidet sich, ob die EnBW auch für die nächsten 20 Jahre die meisten Konzessionsverträge für die Stromnetze in den Kommunen bekommt. 80% der Konzessionsverträge laufen bis zum Jahr 2012 aus. Die EnBW zieht bereits mit ihrem neuen Musterkonzessionsvertrag durch die Rathäuser und versucht, Mitbewerber um die Konzession zu verdrängen. Wenn die Verträge bereits unterschriftsreif vorliegen, ist argumentativ im Gemeinderat oft nicht mehr viel zu machen. Deshalb ist es wichtig, dass wir Grünen und Alternativen im Vorfeld nachfragen, wie die Verwaltung bei der Neuvergabe der Konzession vorgehen will, wann sie ansteht, ob Mitbewerber in Sicht sind?

Damit es nicht nur den Musterkonzessionsvertrag der EnBW gibt, sondern auch eine kommunenfreundliche Alternative, haben die Grünen einen Musterkonzessionsvertrag entwickelt. Dieser hat mächtig Wellen geschlagen. Viele Kommunen haben ihn hier in der Landesgeschäftsstelle angefordert.

Ausführliche Informationen dazu findet Ihr hier:

<http://www.gruene-bw.de/themen/umwelt-klima-energie/artikel-umwelt-klima-energie/gruener-strom-konzessionsvertrag.html>

Ein Informationspaket zum Wechsel beim Konzessionsvertrag kann im GAR-Büro bestellt werden. Das komplette Infopaket steht auch in Grünintern

https://www.gruene-bw.de/top/gruenintern.html?no_cache=1

(Passwort bekommen alle GAR-Mitglieder)

Wichtige Infos findet Ihr auch auf der GAR-Internetseite unter Energie

<http://www.gar-bw.de/index.php?id=1384>

Unter dem Titel „Vorgehen im Gemeinderat“ sind die wichtigsten Anfragen und Anträge im Gemeinderat zusammengestellt.

Siehe dazu auch Punkt 11 in diesem Rundbrief

6. Energiesparen in Haushalten mit geringem Einkommen

Haushalte mit geringem Einkommen sind von hohen Energiekosten und hohen Energieverbräuchen besonders nachteilig betroffen. Das Potential zum Energiesparen wird vielfach nicht genutzt, weil bestehende Möglichkeiten zu wenig bekannt sind und weil für Investitionen in sparsame Geräte die Rücklagen fehlen.

In Frankfurt und Nürnberg wurde mit Projekten zur Verringerung des Energieverbrauchs beachtliche Erfolge erzielt.

Deshalb hat die grüne Gemeinderatsfraktion in Karlsruhe einen entsprechenden Antrag auch für ihre Stadt gestellt und die Stadträtin und GAR-Vorstandsmitglied Bettina Lisbach hat daraus einen Musterantrag für alle Kommunen gemacht:

Die Stadtverwaltung entwickelt in Kooperation mit Stadtwerken und Volkswohnung ein Programm zur Energieschuldenprävention. Dabei werden einkommensschwachen Haushalten Angebote gemacht, um die Energiekosten dauerhaft zu senken. Folgende Aspekte sind einzubeziehen:

- Verbrauchserfassung und Abrechnung optimieren
- Geräteausstattung in den Haushalten verbessern
- Bausubstanz der Wohnungen/Gebäude energetisch optimieren
- Beratungsangebot für Veränderung im Verbraucherverhalten
- SozialarbeiterInnen schulen, die Familien aufsuchen

Es wird geprüft, welche Fördermöglichkeiten seitens der Stadt und der Stadtwerke bestehen, um die erforderlichen Maßnahmen umzusetzen.

Stadt und Einzelhandel suchen gemeinsam nach Möglichkeiten, beim Kauf energiesparender Haushaltsgeräte Rabatte für einkommensschwache Haushalte anzubieten.

Im Rahmen der Initiative zur Energieschuldenprävention stellen die Stadtwerke dar, ob und wenn ja in wie vielen Karlsruher Haushalten es im Laufe der letzten 5 Jahre aufgrund von Zahlungsrückständen zu Sperrungen der Strom- oder Gasversorgung gekommen ist.

Weitere Infos dazu können im GAR-Büro bestellt werden und sind auf der GAR-Internetseite eingestellt: <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1384> .

7. Dezentrale Abwasserversorgung im ländlichen Raum

Obwohl Baden-Württemberg mit einer Anschlussquote von 99,1 % an zentrale Kläranlagen weit vor anderen Bundesländern liegt, werden immer noch neue Anschlüsse gelegt und zentrale Lösungen gegenüber dezentralen bevorzugt. Aktuell beschäftigt das Auslaufen der so genannten „bayerischen Lösung“ zum 1.1.2010 viele Landwirte. Das bisher mögliche Einleiten von in Kammergruben gereinigtem Abwasser in die Güllegruben ist dann nicht mehr erlaubt; die Kleinkläranlagen müssen mit einer biologischen Reinigungsstufe oder Filtertechnik nachgerüstet werden.

Kißlegg im Allgäu hat in der Thematik große Erfahrung. Seit vielen Jahren ist hier die Bürgerinitiative Dezentrale Wasserversorgung (BDW) aktiv. Die Abwassersatzung in Kißlegg regelt, dass bei Gebäuden im Außenbereich ohne Anschlussmöglichkeit generell die dezentrale Entsorgung gilt. Für Dreikammergruben ist eine kostensparende Bedarfsentleerung in der Satzung verankert.

Weiterführende Infos gibt es beim GRÜNEN OV Kißlegg (gol-kisslegg@gruene-wangen.de)

www.gol-kisslegg.de (gol-kisslegg@gruene-wangen.de)

und bei der umweltpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Gisela Splett.

Landtagsantrag zum Thema: http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4431_d.pdf .

8. Bilanz der Kommunalwahlen in 7 Bundesländern

Nach der Freude über das Abschneiden von uns Grünen und Alternativen in Baden-Württemberg ist vielleicht auch ein Blick in die anderen 6 Bundesländer interessant, in denen am selben Tag Kommunalwahlen stattgefunden haben. Link zur kommunalpolitischen Infothek:

<http://www.kommunale-info.de/asp/ThemenpaketAnzeige.asp?ThemenpaketId=1016400>

9. Kommunen machen Konjunktur

Die Konjunktur ankurbeln - das sollen auch die Kommunen mithilfe des Konjunkturpaketes des Bundes. Dies bietet Chancen für neue Impulse, auch in finanziell belasteten Städten und Gemeinden. Doch wie können Investitionen dauerhaft wirken - ökonomisch, ökologisch und sozial? Die Kommunalpolitische Infothek hat dazu ein Internetangebot mit Positionen und Hintergrundartikeln sowie praktischen Hilfestellungen, Gesetzes- und Fachtexten.

<http://www.kommunale-info.de/asp/ThemenpaketAnzeige.asp?ThemenpaketId=1016200>

10. Stadt-Land-Fluss spielen und Stadt-Land-Grün lesen

oder vielleicht auch einfach abhängen, chillen, tagträumen, Wolken gucken.

Für diejenigen, die über die Sommerzeit gut aufbereitete Hintergrundinformationen in handlichem Taschenbuchformat suchen, hat die GAR ein interessantes Angebot:

Das Handbuch für alternative Kommunalpolitik: Stadt-Land-Grün kann im GAR-Büro von Mitgliedern für 13 Euro bestellt werden (statt 16,80 Euro).

„Klimaerwärmung und demographischer Wandel, Bildungsnotstand und Debatten über soziale Gerechtigkeit, was unsere Gesellschaft bewegt, beschäftigt auch die Kommunalpolitik. Wer im Kreistag oder Gemeinderat sitzt, muss sich in vielen Bereichen auskennen, von der Wirtschafts- und Finanz- bis zur Umwelt- und Kulturpolitik. Das Handbuch für alternative Kommunalpolitik führt in die einzelnen Themenfelder ein, zeigt die wichtigsten Probleme auf und weist auf Lösungswege sowie Gestaltungsspielräume hin.“

Bestellung bitte per Mail, Fax oder Post.

11. Einladung an alle, die ihren Strom vom Neckar-Elektrizitäts-Verband beziehen

Das ganze Thema Konzessionsverträge gewinnt zwischenzeitlich bei unseren „Gegenspielern“ heftig an Fahrt, weshalb ich gemeinsam mit Jürgen Menzel kurzfristig VertreterInnen aller Gemeinderats- und Kreistagsfraktionen sowie der Kreisvorstände im „NEV“-Gebiet zu einem dringend erforderlichen Treffen am **26.08.2009 auf 17:00 Uhr** ins Haus der Abgeordneten in den Landtag nach Stuttgart einlade.

Was ist passiert?

Der Neckarelektrizitätsverband (NEV) hat offenbar ein Gutachten erstellen lassen und denkt über die Gründung einer Netzgesellschaft unter eigener Beteiligung der Kommunen und der EnBW nach. Das geplante Konstrukt sieht so aus, dass die NEV-Kommunen mit eigenem Kapital ihre Netze rekommunalisieren und dieser NEV-Netzgesellschaft übertragen sollen. Die Kommunen würden damit an der Rendite durch den Netzbetrieb partizipieren. Die Betriebsführung soll möglicherweise durch die EnBW erfolgen.

Und genau hier wollen wir Grüne mitwirken. Wir wollen dem Konzessionsvertrag bzw. einer solch etwaigen Netzgesellschaft klar ökologische Vorgaben mitgeben. Daher wollen wir ein Zusammendenken mit Vertrieb und Erzeugung, wo das eigentliche Geld in der Energiewirtschaft

verdient wird, mit klaren ökologischen Vorgaben für eine dezentrale Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Einbindung der Kraft-Wärme-Kopplung einbringen. Der Ausbau Erneuerbarer Energien und dezentraler Erzeugungsstrukturen kommt im Konzept des NEV bislang eindeutig zu kurz. Hier sehen wir Handlungsbedarf und wollen mit vielen Gemeinde- und Kreisräten nun aktiv werden...

Bei dem Treffen am 26.08. soll die grüne Strategie diskutiert werden, zu der dann die Gemeinderatsfraktionen vor Ort aktiv werden müssen. Die Veranstaltung soll bis 20:00 Uhr beendet sein und findet im Fraktionssitzungssaal (Lina-Hähnle-Saal) im Haus der Abgeordneten statt.

Meldet Euch zum Einlass in den Landtag bitte unter franz.untersteller@gruene.landtag-bw.de oder telefonisch (0711/2063-683) bei der Geschäftsstelle der grünen Landtagsfraktion an.

Wir bitten - trotz Urlaubzeit - um zahlreiche Teilnahme an dem Treffen, da der NEV sonst Tatsachen schafft, die nicht mehr zurück gedreht werden können.

Mit herzlichem Gruß

Andreas Schwarz, Jürgen Menzel, Franz Untersteller

12. Sommerliche Grüße

Liebe GAR-Mitglieder

die GAR wünscht einen entspannten Sommer in Straßenkaffees und Biergärten, im Fahrradsattel, im Strandkorb, in der Hängematte, in den Pilzen und Beeren, zu Land und im Wasser – einfach überall dort, wo ihr euch vom Kommunalwahlkampf und dem kommunalpolitischen Alltagsgeschäft erholt.

Auch das GAR-Büro ist in der zweiten Ferienhälfte für drei Wochen nicht besetzt. Ich tausche in dieser Zeit Schreibtisch, Telefon und Kommunalrechtskommentar gegen Taucherbrille, Schnorchel und Strandlektüre.